



Österreich zahlt lieber

Unterlassener Klimaschutz wird teuer.

Bis 2030 könnten es fünf bis zehn Milliarden Euro werden – für den Steuerzahler.

HANNES KOCH, MARTIN STRICKER

W

Wer das Klima nicht schützt, muss zahlen. Wer wüsste das besser als Österreich?

500 Millionen Euro Steuergeld blättere die Republik 2013 für den Zukauf von CO₂-

Zertifikaten auf den Tisch – um so die Differenz zu den weit verfehlten Kyoto-Zielen auszugleichen. Geld, das besser eingesetzt gewesen wäre, um Emissionen zu verringern. Es handelt sich um eine Art Strafzahlung, wenn es nicht gelingt, den Ausstoß klimaschädlicher Gase so wie vereinbart zu verringern. Gelernt hat die Republik aus dem Flasko von 2013 wenig. Wieder ist Österreich auf dem besten Weg, Steuergeld im wahrsten Sinn des Wortes zu verbrennen.

Diesmal aber wenigstens in guter Gesellschaft. Deutschlands Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hat bereits 300 Millionen Euro budgetär eingeplant. Es geht wie in Österreich um die Emissionen aus Verkehr, Landwirtschaft, Gebäuden und Gewerbe, die nicht wie die meisten Abgase aus Industrie und Kraftwerken über den europäischen Emissionshandel (ETS) reguliert werden. In diesem sogenannten Non-ETS-Bereich soll

Deutschland seinen Treibhausgasausstoß im Zeitraum von 2013 bis 2020 im Vergleich zu 2005 um 14 Prozent verringern. Das wird wohl nicht gelingen. Besonders der Straßenverkehr verursacht zu viele Emissionen. Die Regierung muss die Reduktionslücke ausgleichen, indem sie Emissionszertifikate von EU-Staaten erwirbt, die ihre Verpflichtungen erfüllt haben. „Deutschland wird aller Voraussicht nach Emissionsrechte für die Jahre 2018 bis 2020 ankaufen müssen“, erklärte das Umweltministerium.

Dabei stellen 300 Millionen Euro eine relativ kleine Belastung dar. Zum Vergleich: Allein das Budget 2020 soll 363 Milliarden Euro umfassen. Doch es wird grimmiger. Agora Energiewende, ein 2012 gegründeter deutscher Thinktank, hält deutlich höhere Kosten für möglich. Bis 2022 ist von bis zu 3,7 Milliarden Euro die Rede. Bis 2030 könnten Aufwendungen von bis zu 62 Milliarden Euro entstehen – wenn der Klimaschutz nicht schneller vorankommt.

Agora rechnet mit deutlich steigenden Preisen für CO₂-Zertifikate. Denn die EU-Mitglieder haben sich zu schärferen Klimaschutzzielen verpflichtet, was wiederum überschießige Emissionsrechte knapp und teuer machen wird. Agora rechnet mit Schadenskosten von 50 bis 100 Euro pro Tonne CO₂. Im EU-Emissionshandel ist die

Tonne derzeit um etwa 23 Euro zu haben.

Österreich dürfte die nächsten Jahre noch glimpflich davorkommen. Im Ministerium der zuständigen Ministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) ist man optimistisch, dass es sich gerade noch ausgeht. Österreich hat sich verpflichtet, den Ausstoß von Treibhausgas von 2013 bis 2020 um 16 Prozent zu verringern, also um etwas mehr als Deutschland. Besonders ehrgeizig sind bei den Zielen nicht. Denn das Basisjahr 2005 war ein Jahr mit sehr hohen Emissionen, Einsparungen sollten daher leicht zu erreichen sein. Österreich könnte mit Glück eine Punktlandung schaffen. Falls 2019 und 2020 die Konjunktur nicht allzu sehr anzieht und es zwei milde Winter gibt (und damit weniger Heizemissionen), dürfte die Einsparung erreicht werden.

Danach aber sieht es düster aus. Bis 2030 muss Österreich als Mindestziel 36 Prozent Treibhausgase einsparen. Basisjahr ist erneut 2005. Wie das geschehen soll, ist völlig unklar. Abgesehen davon, dass die minus 36 Prozent bei Weitem nicht ausreichen, die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen, zu denen sich auch Österreich verpflichtet hat.

Der Nationale Energie- und Klimaplan, mit dem die Regierung von Sebastian Kurz (ÖVP) der EU-Kommission in Brüssel das weitere Vorgehen erklären soll, ist wenig

EMISSIONSHANDEL

Marktwirtschaft

Emissionen werden auf eine regelmäßig sinkende Gesamtmenge begrenzt und als handelbare Rechte (CO₂-Zertifikate) auf den Markt gebracht. Wer Treibhausgase ausstößt, benötigt hierzu Zertifikate. Im EU-System werden sie für einen bestimmten Handelszeitraum im Voraus versteigert. Wer weniger emittiert, kann seine Rechte verkaufen. Wer mehr emittiert, muss zukaufen.

Teilnehmer

im EU-ETS (Emissions Trading Scheme) sind Staaten und der Großteil der Industrie und der Energiewirtschaft. Nicht im ETS sind etwa Raumwärme, Landwirtschaft und Verkehr.

KLIMA KOMPAKT

Erste Stimmen für CO₂-Abgabe

Der niederösterreichische Landeshauptfrau-Stellvertreter Stephan Pernkopf (ÖVP) hat sich als einer der ersten Politiker seiner Partei für eine CO₂-Abgabe ausgesprochen. Unter dem Motto „Wer mehr emittiert, zahlt mehr“ sollen damit „verursachungsgerecht Steuermaßnahmen“ lukriert werden, forderte Pernkopf.

Altmaier fordert Marktwirtschaft

Deutschlands Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) forderte einen „Klimaschutz, der marktwirtschaftlich funktioniert“.

New York will Klimagase reduzieren

Die Stadt New York will bis 2030 ihren Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase um 40 Prozent verringern. Der Stadtrat verabschiedete neue Umweltschutzvorschriften, die den Energieverbrauch von Gebäuden massiv reduzieren sollen. Auch Betreibern weltweit bekannter Gebäude wie dem Empire State Building oder dem Trump Tower drohen sonst hohe Strafen. 2017 hatte laut „New York Times“ eine Studie ergeben, dass 67 Prozent der Treibhausmissionen in der Stadt auf Gebäude zurückzuführen seien.

Die neuen Regeln für die 8,6 Millionen New Yorker zählen zu den fortschrittlichsten-

KLIMABLOG

Martin Stricker

Was es kostet



ne CO₂. Das Magazin „Spiegel“ hat daumen-gepölt nachgerechnet: Ein iPhone (2017) käme dann um 14,20 Euro teurer. Für einen Flug München-Hamburg müssten 28,80 Euro mehr hingelegt werden, für das ICE-Bahnticket aber nur 6,12 Euro mehr. Ein Flug Düsseldorf-New York und zurück würde wegen der massiven CO₂-Emissionen um 657 Euro teurer und die Langstrecke Frankfurt-Auckland und retour um 2107 Euro. So weit die vorläufigen Kosten für die Weltrettung.